

EinBlick*

Im Einklang mit dem Klima des semiariden Gebietes Brasiliens leben:
Konviventia mit dem semiariden Klima.



Kurznachrichten; aktuelle Ereignisse; Infos;

INSTITUTO REGIONAL DA PEQUENA AGROPECUÁRIA APROPRIADA - IRPAA

Ausgabe 1 und 02/2023

AKTUELLE INFORMATIONEN

Brasilien

Zu Jahresbeginn waren die Hoffnungen auf Änderungen in Brasilien groß. Die Erwartung, dass die Regierung des Präsidenten Lula -Luiz Inacio Lula da Silva – positivem Einfluss auf die verheerende Situation des Landes nehmen wird, war hoch, trotz der Voraussetzungen und Hürden der Minderheitsregierung. (Breite Koalition mit maximal 33 Prozent im Abgeordnetenhaus und 30 Prozent im Senat). Jedoch war die Stimmung gedrückt, denn die Angst, dass die Einführung in die dritte Amtszeit Lula's mit gewalttätigen Übergriffen und Ausschreitungen verbunden sein könnte, lag in der Luft.

Letztendlich wurde dieses ungute Gefühl jedoch durch das Fest der Hoffnung und Demokratie ersetzt. Präsident Lula erhielt die Präsidentenschärpe von Vertretern und Vertreterinnen sozialer Bewegungen, was die Hoffnung auf neue Zeiten bestärkt.

Bei seiner Rede zum Amtsantritt bedankte sich Lula für das politische Bewusstsein der brasilianischen Bevölkerung und beruft sich danach auf die Situation Brasiliens. Die Rückkehr des Hungers und fortschreitendes Elend und die Verwüstung, die im Land herrscht, hervorgerufen durch Missbrauch der autoritären Vorgängerregierung, die systematischen Zerstörung der Rechte, Souveränität und Entwicklung der letzten Jahre. Er betonte, dass die Mittel des Gesundheitssystems, Schulspeisung, öffentliche Sicherheit und Sozialhilfe erschöpft sind. Bildung, Kultur, Wissenschaft und Technologie wurden abgebaut.

Unter anderem betonte Lula, dass er angesichts der katastrophalen Haushaltslage dem Kongress Vorschläge unterbreitet hat, die es ermöglichen werden, die dringenden Bedürfnisse der brasilianischen Bevölkerung zu decken. Es geht ums Überleben, die hungernden Menschen können nicht warten. Daher sollen die ersten Maßnahmen der Regierung darauf abzielen, 33 Millionen Menschen vor dem Hunger zu retten und mehr als 100 Millionen Brasilianer und Brasilianerinnen aus der Armutssituation zu holen mit effizienten und gerechteren Sozialhilfeprogrammen.

Zudem soll die Garantie von Rechten und Interessen der Bevölkerung, die Stärkung der Demokratie und die Wiedererlangung der nationalen Souveränität Zielrichtungen der Regierung sein. Sowie das Recht auf Freiheit, in Würde zu leben, mit vollem Recht auf Meinungsäußerung, Demonstration und Organisation. Unter anderem versprach er das Gesetz über den Zugang zu Informationen wieder einzuhalten, das Transparenzportal der Regierung, die Durchführung von Kontrollen zum Schutz des öffentlichen Interesses und die Garantie der Rechtsstaatlichkeit. Öffentliche und private Investitionen sollen in Richtung eines ökologisch und sozial nachhaltigen

Wirtschaftswachstums geplant und gelenkt, das Wirtschaftsrad wieder angekurbelt werden. Der Konsum der Bevölkerung soll dabei eine zentrale Rolle spielen.

Brasilien ist zu groß, um sein produktives Potenzial aufzubauen. Es sagt, dass es keinen Sinn macht, Kraftstoffe, Düngemittel, Erdölplattformen, Mikroprozessoren, Flugzeuge und Satelliten zu importieren und dass Brasilien über ausreichende technische Kapazitäten, Kapital und Marktanteile verfügt, um die Industrialisierung und die Erbringung von Dienstleistungen auf einem wettbewerbsfähigen Niveau wieder aufzunehmen. Brasilien kann und soll eine führende Rolle in der Weltwirtschaft spielen.

Kein anderes Land hat die Voraussetzungen wie Brasilien, um eine große Umweltmacht zu werden, ausgehend von der Kreativität der Bioökonomie und den Unternehmungen der soziobiologischen Vielfalt. Die Energie- und die ökologische Wende hin zu nachhaltiger Landwirtschaft und Bergbau, einer stärkeren Familienlandwirtschaft und einer grüneren Industrie soll eingeleitet werden.

Außerdem ist es Ziel der Regierung die Abholzung im Amazonasgebiet und die Emission von Treibhausgasen in der Elektrizitätserzeugung auf Null zu reduzieren und die Wiederverwendung von degradiertem Weideland zu fördern. Brasilien darf keine Wälder abholzen, um seine strategische Agrarzone zu erhalten und auszuweiten und Wohlstand auf dem Land fördern. Das Produzieren, Pflanzen und Ernten wird Ziel sein. Jedoch darf nicht erlaubt werden, dass Brasilien ein gesetzloses Land ist. Die Gewalt gegen die Familien, die Abholzung der Wälder und die Zerstörung der Umwelt, wird nicht toleriert.

Auch war es einer der Gründe, aber nicht der einzige, dass das Ministerium für indigene Völker geschaffen wurde. Die Völker kennen die Wälder, Biome, die Territorien und sind daher in der Lage sie zu schützen und verteidigen. Jedes demarkierte indigene Land ist zugleich ein neues Umweltschutzgebiet.



Ministerin Sônia Guajajara

(Foto: racismoambiental.net- Katie Maehler/Apib)

*Das soll heißen: ein kurzer Blick auf die Situation und Einblick auf Hintergründe



Lula bekräftigt auch, dass Brasilien eine historische Schuld den indigenen Völkern gegenüber hat, daher müssen alle Ungerechtigkeiten ihnen gegenüber, beseitigt werden.

Auch wurde das Kulturministerium neu gegründet, frei von Zensur oder Diskriminierung. Denn es nicht zu akzeptieren, dass schwarze Menschen weiterhin die arme und unterdrückte Mehrheit eines Landes ausmacht, das mit dem Schweiß und dem Blut ihrer afrikanischen Vorfahren aufgebaut wurde. Das Ministerium für die Förderung der Rassengleichheit wurde geschaffen, um die Quotenpolitik an den Universitäten und im öffentlichen Dienst auszuweiten und die Politik für die schwarze Bevölkerung in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur wieder aufzunehmen. Außerdem ist es nicht zu tolerieren, dass Frauen für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden als Männer, weil sie in einer machistischen politischen Welt nicht anerkannt werden, dass sie auf der Straße und am Arbeitsplatz ungestraft belästigt und angegriffen werden und dass sie Opfer von Gewalt innerhalb und außerhalb des Hauses sind. Dafür wurde das Frauenministerium neu gegründet um hier entgegenzuwirken.

.....Dies war ein Auszug der Rede zum Amtsantritt.

Präsident Lula bestärkte, dass das Land wieder aufgebaut werden wird und die große Spaltung im Land aufgehoben werden muss. Eine Botschaft der Hoffnung und Verpflichtung gegenüber der brasilianischen Bevölkerung.

Tatsache ist allerdings, dass viele dieser Ziele nur in Abstimmung bzw. Zustimmung mit dem Abgeordnetenhaus und Senat vorgenommen werden können.

8. Januar 2023: Übergriffe und Verwüstung

Bereits am 8. Januar kam die Antwort auf den Amtsantritt des Präsidenten Lula. Hunderte von Anhänger*innen des abgewählten ex-Präsidenten Bolsonaro drangen in das Kongressgebäude, Präsidentenpalast und den Obersten Gerichtshof ein, besetzten, verwüsteten und zerstörten die Gebäude und Einrichtungen. Anfangs sah die Polizei tatenlos zu; schließlich wurde mit Tränengas und Pfefferspray gegen die randalierenden Menschen und Terroraktion vorgegangen. Erst fünf Stunden später konnte dem Terrorismus Einhalt geboten werden. Rund 4.000 Menschen nahmen an der Invasion der Gebäude und Zerstörung teil. Ihre Forderung war Militärische Intervention und die Absetzung des gewählten Präsidenten Lula. Die Anhänger*innen von Bolsonaro wollten Zeichen setzen.

Der Justizminister Flavio Dino bezeichnete die Übergriffe als Terrorismus und Putschversuch und verpflichtete sich sehr genaue Ermittlungen einzuleiten, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Insgesamt wurden rund 2.000 Personen festgenommen. Präsident Lula entließ daraufhin auch einige hochrangige Militärs.

Das indigene Volk der Yanomami

Ende Januar wurde die menschenunwürdige Situation des indigenen Volkes der Yanomami bekannt und der Notstand ausgerufen. Über 50 Kinder wurden aufgrund starker Unterernährung auf Intensivstationen eingeliefert.

Bekannt wurde daraufhin, dass in den letzten Jahren bewusst Hilfeleistungen gegenüber der indigenen Bevölkerung unterlassen wurden, obwohl die Realität bekannt war.

Die Polizei nahm die Ermittlungen auf und der Oberste Gerichtshof fordert einen Plan zum Schutz der indigenen Bevölkerung.

Dieser Plan wurde bereits im Vorjahr von der Regierung Bolsonaros angefordert, ist jedoch niemals angefertigt und vorgelegt worden. Im Gegenteil, die Regierung Bolsonaros bestätigte, dass die Lage entspannt und der Schutz der indigenen Völker gewährleistet sei.

Jedoch starben in den letzten 4 Jahren über 500 Kinder des indigenen Volkes der Yanomami an Hunger, Malaria und Vergiftung mit Quecksilber.

Auch andere indigene Völker befinden sich in dieser Situation.

Das Hauptproblem ist der illegale Bergbau, der besonders durch die Lockerungen der Umweltschutzlizenzen in den letzten Jahren sehr stark zugenommen hat. Zur Goldgewinnung wird zudem Quecksilber verwendet, wodurch Flüsse, Wasser und Fische vergiftet werden.

Präsident Lula, die Ministerin der indigenen Bevölkerung, sowie Minister*innen der verschiedenen Ministerien wie Justiz, Gesundheit, u.a.m. reisten vor Ort und waren empört über die unmenschlichen Bedingungen. Es wurde angeordnet, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um den illegalen Bergbau einzustellen sowie weitere Hilfsprogramme auszuführen, um das Leben der indigenen Bevölkerung zu retten.

Das indigene Volk der Yanomami hat das größte ausgewiesene Territorium unter den indigenen Völkern.

Verschiedene Berichte beschreiben, dass die letzten fünf Jahre die schlimmste Zeit für das indigene Volk war.

Informationen des Instituto Socioambiental (ISA) zeigen, dass der Bergbau bereits mehr als 44.000 Hektar des indigenen Landes eingenommen hat, was zu weiteren Auswirkungen – wie einer Zunahme von Malariafällen, Gewalt und Verschmutzung von Flüssen – von über 56% der Yanomami-Bevölkerung geführt hat.

Die Hutukara Yanomami Vereinigung zeigt an, dass sich rund 20.000 Bergleute in dem Gebiet aufhalten – eine wahre humanitäre, soziale und ökologische Tragödie. Im Jahr 2021 wurde festgestellt, dass das PCC - Kommando, eine der größten kriminellen Fraktionen Brasiliens, auch im Yanomami-Territorium präsent war (Goldsuche, Drogen- und Waffenschmuggel).

Bleibt zu hoffen, dass die eingeleiteten Notfallmaßnahmen wirksam sind und das Leben des indigenen Volkes Yanomami sowie anderer indigenen Völker gerettet wird sowie die Garantie der traditionellen Territorien gewährleistet wird.

In der Zwischenzeit konnte die Regierung Lula auch verschiedene andere Programme, besonders im sozialen Bereich wieder auflegen. Neben den sozialen Notfallmaßnahmen und Transferleistungen muss die Teilnahme der Zivilgesellschaft gewährleistet werden. Ein Beispiel hierfür ist der Nationale Rat für Lebensmittel- und Ernährungssicherheit (Consea).



Consea beschäftigt sich nicht nur mit Maßnahmen zur Hungerbekämpfung sondern auch zur Verbesserung des Zugangs zu gesunden Lebensmitteln, die von der Familienlandwirtschaft und traditionellen Landgemeinden produziert werden.

Consea wurde im Jahre 1993 gegründet und von Ex-Präsident Bolsonaro sofort bei seinem Amtsantritt abgeschafft.

Der seit 1993 bestehende Ernährungsrat wurde nun von Präsident Lula Ende Februar 2023 wieder eingeführt. Dies ist eines von vielen Beispielen für die Wiederaufnahme von Foren für die Teilnahme der Zivilgesellschaft. Die Präsidentin von Consea, Elisabetta Recine, bestätigt die Wichtigkeit - "Partizipation ist der Schlüssel für den Erfolg der sozialen Prozesse und der Demokratie".

Für das semiaride Gebiet (Trockengebiet) wurden für das 2. Halbjahr 2023 bereits Programme zum Bau von Regenwasserzisternen und anderen Technologien zur Wasserbevorratung in Höhe von 400 Millionen Reais (ca. 76.500.000 €) vorgesehen.

Diese Programme sollen wieder von der ASA (Dachverband der Nichtregierungsorganisationen – Artikulierung im semiariden Gebiet) durchgeführt werden. Außerdem Programme des Kaufes von Produkten aus der Familienlandwirtschaft. Zudem 100 Millionen Reais für Programme zur landwirtschaftlichen technischen Assistenz der Familienlandwirtschaft auf nationaler Ebene.

Allerdings gibt es erneut keine Zeichen, dass die Landfrage für die Familien und traditionellen Landgemeinden angegangen werden wird. Die Landlosenbewegung MST hat bereits zu Beginn dieses Jahres Druck auf die Regierung Lula ausgeübt und verschiedene große Landflächen, auf denen in Monokultur angebaut wird bzw. die nicht in der sozialen Funktion genutzt werden, besetzt (die Brasilianische Verfassung sieht die soziale, nachhaltige und ökologische Nutzung des Landes vor, wobei die Arbeiterrechte der Beschäftigten berücksichtigt werden muss). Die MST forderte gleichzeitig die sofortige Enteignung von Großgrundbesitz, um eine Agrarreform durchzuführen, sowie die sofortige Neubesetzung der Leitung des Incra, - Nationales Institut für Kolonisierung und Landreform.

Die Agrolobby ist weiterhin sehr mächtig, auch im brasilianischen Kongress, und dadurch ist es nicht wahrscheinlich, dass es zu Fortschritten in der Landfrage, für die Familienlandwirtschaft und traditionellen Landgemeinden und Schutz der natürlichen Ressourcen kommen wird.

Präsident Lula und die Regierung wollen den Protagonismus durch die Wiederaufnahme der Verhandlungen, vor allem das Abkommen Mercosul und weitere Abkommen verwirklichen. Das Abkommen Mercosul wird besonders für die traditionellen Landgemeinden und Familienlandwirtschaft negative Auswirkungen haben. Denn unterzeichnete Abkommen müssen eingehalten werden, unabhängig, ob die lokale Bevölkerung das Land benötigt, um beispielsweise Nahrungsmittel zur Ernährung zu produzieren. Stattdessen müssen, wie im Abkommen vorgesehen, Soja, u.a.m für Export erzeugt und geliefert werden.

Bei seinem Besuch in Brasilien im März 2023 unterzeichnete der deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, zusammen mit dem brasilianischen Minister für Bergbau und Energie, Alexandre Silveira, einen Kompromiss zur Brasilien-Deutschland-Energiepartnerschaft und Zusammenarbeit zu der Energiewende und zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

Darüber hinaus schlug der brasilianische Minister vor, deutsche Investitionen nach Brasilien zu locken und neue Industrieanlagen zur Produktion von kohlenstoffarmem Wasserstoff zu installieren. Minister Habeck sprach von einer grünen Brücke, die über den Atlantik entstehen soll. Er will einen industriellen Aufschwung über den Ausbau der Erneuerbaren Energien, zum Schutz der natürlichen Ressourcen erreichen - vor allem beim grünen Wasserstoff.

Grüne Politik

Weiterer Themenpunkt in Brasilien ist die Stärkung und Umsetzung der sogenannten grünen Politik, besser grüner Kapitalismus. Die als ökologisch und nachhaltig bezeichnete grüne Politik muss jedoch hinsichtlich ihrer Klimaneutralität hinterfragt werden, denn zur Erzeugung dieser Energien bedarf es sehr großer Mengen an Rohstoffen, auch wird die Natur zerstört und die Rechte der traditionellen Landgemeinden verletzt.

An der Tagesordnung stehen Investitionen von großen Windparksanlagen, Sonnenenergieanlagen, Offshore-Windenergie an der Küste, grüner Wasserstoff.

Die traditionellen Landgemeinden im Trockengebiet Brasiliens ziehen dabei den Kürzeren. Oft überreden die Großunternehmen mit schöner, jedoch falscher Propaganda die Familien, damit sie Verträge unterzeichnen.

Zusätzlich tauchen immer häufiger Unternehmen in den Landgemeinden auf, mit Verträgen über CO₂-Kompensationen. Die Dorfbewohner*innen sollen auch hierbei überzeugt werden, dass es für sie vorteilhaft ist.

Allerdings sind negative Konsequenzen für die Familien der Landgemeinden zu befürchten. Die Verträge gelten offiziell nur, wenn es sich um, im Grundbuchamt eingetragene Landflächen handelt. Jedoch handelt es sich bei den Landflächen vorwiegend um von den Familien gemeinschaftlich genutztes Weideland, dass in der Regel staatliches Land ist. Die Familien haben hierüber das Nutzungsrecht, jedoch nicht das Eigentumsrecht. Es stellt sich die Frage, welche rechtliche Grundlage und Wirkung die unterzeichneten Verträge haben. Auch sollen dafür einzelne Flächen eingezäunt werden um diese Verträge zu unterzeichnen. Jedoch wird dadurch auf die traditionelle Art und Weise der Tierhaltung der gemeinschaftlich genutzten Weideflächen negativ eingewirkt.

Viele Familien bestätigen auch, dass sie seit Generationen die Buschweide und Caatinga geschützt haben, weil sie die Natur als Teil ihres Lebens und Lebensweise, verstehen; einige Menschen betonen, dass die Natur Teil ihrer Familie ist und daher kein Preis für deren Schutz bezahlt werden kann. Außerdem sind sie besorgt, wenn sie plötzlich Geld dafür bekommen, die Natur zu schützen. Was geschieht, wenn diese Projekte nicht mehr laufen? Wird niemand mehr die Caatinga schützen, weil es keine Gelder mehr gibt?

Anzumerken ist auch, dass die CO²-Absorption auch auf Flächen mit Monokulturen erfolgt, diese wiederum sind weder nachhaltig noch ökologisch und oft handelt es sich bei diesen Flächen um geraubtes Land. Dies würde bedeuten, dass Großgrundbesitzer oder Landräuber zusätzlich Gewinn erringen. Auch gibt es dadurch kein unproduktives Land, was bis jetzt von Landlosen Familien besetzt und genutzt wurde.

Dies sind nur einige Gedanken und Beispiele dafür, dass die Zahlung für Umweltschutz, CO²-Kompensationen, grüne Energie, etc. nicht halten, was sie in der Werbung versprechen. Es ist sehr wichtig diese Themen in den Landgemeinden zu vertiefen.

In diesem Sinne wurden bei Irpaa die Arbeiten und die Begleitung der kleinbäuerlichen Familien und traditionellen Landgemeinden fortgesetzt.

Nachfolgend einige der ausgeführten Arbeiten.

Weltwassertag und Wasserwoche

Der Weltwassertag, der 1992 von den Vereinten Nationen (UN) ins Leben gerufen wurde und jährlich am 22 März begangen wird, soll die Weltbevölkerung anregen, auf die dringende Notwendigkeit des Umgangs mit den Wasserressourcen zu reflektieren.

In Brasilien wird anlässlich des Weltwassertages seit vielen Jahren die Wasserwoche organisiert.

Neben der individuellen Verantwortung gegen Missbrauch und Wasserverschwendung muss unbedingt auf die intensive Nutzung der Wasserressourcen durch die Agrarindustrie, der Sektor, der in Brasilien aber auch weltweit das meiste Wasser verbraucht, hingewiesen werden. Eine Studie der Nationale Wasser- und Sanitärversorgungsbehörde (ANA) zeigt, dass die Agrarindustrie etwa 72 % des genutzten Wassers einsetzt.

Darüber hinaus ist der Zugang zu Trinkwasser die grundlegende Sanitärversorgung in Brasilien immer noch eine Herausforderung. Beispielsweise haben nur 53,2 % der Bevölkerung Zugang zur Abwasserversorgung. Im Nordosten sind es nur 24,4 % und in den ländlichen Gemeinden nur 7,4 %.

Durch die Aktionen der Artikulierung im semiariden Gebiet (ASA) gab es über die letzten Jahre erhebliche Fortschritte in der Wasserpolitik und im Zugang zu Wasser, was größtenteils auf die Mobilisierung der organisierten Zivilgesellschaft zurückzuführen ist. Ein Beispiel hierfür ist das Zisternenbauprogramm, das in den letzten 20 Jahren 1.250.000 Familien Zugang zu Trinkwasser gewährleistete. Zudem wurden 200.000 Großzisternen für die Produktion in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft gebaut. Eine echte Revolution im Leben der Familien im ländlichen Raum.



Großzisternen für die Produktion von Gemüse

Es wird jedoch geschätzt, dass wenigstens 350.000 Familien noch Regenwasserzisternen für den Trinkwasserbedarf benötigen und 800.000 Familien Großzisternen für die Nahrungsmittelproduktion. Es ist dringend erforderlich, das Zisternenpro-

gramm auf den Grundlagen, auf denen es aufgebaut wurde, wieder aufzunehmen und dabei die soziale Kontrolle und den reibungslosen Ablauf des gesamten Prozesses zu fördern! Denn der Anspruch auf Wasser ist ein Menschenrecht, und keine Handelsware.

Der Präsident von Irpaa, José Moacir dos Santos, betont, dass diese öffentliche Politik zum Bau von Zisternen „viele Leben gerettet hat“ und dass die Wirksamkeit des Programms auf der Dezentralisierung der natürlichen Ressourcen beruht. „Man braucht keine Großprojekte, um Wasser zu verteilen. Jede Familie kann mit angepassten Technologien Regenwasser auffangen, speichern und verwalten, ohne auf ein größeres System angewiesen zu sein.“

Moacir lädt zum Nachdenken ein: „Welche Entwicklung wollen wir?“ Es ist unabdinglich, die großen Entwicklungsprojekte, Großunternehmen, Industrien und Lebensmittelfabriken zu hinterfragen. Entwicklung für wen und für was?

Aus dieser Perspektive gilt: Je dezentralisierter und angemessener die Nutzung von Wasser für die Landwirtschaft ist, desto größer ist die soziale Eingliederung und die Verteilung der Naturgüter, wie die Praktiken der Urvölker, der traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto, der Flussufervölker lehren.

Auch muss die Qualität des Wassers für den menschlichen Gebrauch gewährleistet werden.

Es ist auch wichtig zu betonen, dass der organisierten Gesellschaft eine grundlegende Rolle zukommt, nachhaltige öffentliche angepasste Politikprogramme zu fordern und sich an deren Ausführung zu beteiligen.

Kiosk mit Produkten der Familienlandwirtschaft

Ein Kiosk mit Produkten der Familienlandwirtschaft ist der Organisation und Arbeit der Genossenschaft von über 10 Bauern- und Bäuerinnenvereinigung im Distrikt Massaroca/Juazeiro zu verdanken. Durch Unterstützung eines Regierungsprojektes des Bundeslandes Bahias konnte das Gebäude errichtet werden. Zur Einweihung waren die Regale voller Qualitätsprodukte, über Eier aus Freilandhaltung, verarbeitete Produkte der Umbufrucht, wilder Passionsfrucht und Tamarinde über Säfte, Marmelade, Gemüse und andere Feldfrüchte.



Der Kiosk befindet sich an einem strategischen Ort der Bundesstraße. Dadurch wird gleichzeitig Werbung gemacht und die Arbeiten der Familienlandwirtschaft propagiert.

Mitglied der Genossenschaft und Bäuerin, Ana Lúcia Silva, betont, dass die Verwaltung des Kiosks die Vernetzung unter den Vereinigungen fördert und die Arbeit, besonders der Landfrauen und Genossenschaft in der Region wertschätzt. Zusätzlich trägt das Projekt zur Förderung der lokalen Kultur und des Jugendprotagonismus bei.

In Massaroca findet bereits monatlich ein ökologischer Markt statt, der viel Zulauf und Kunden hat. Diese Projekte ermutigen und stärken die Familien.

Veröffentlichung des Buches über Protagonismus der Frauen der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto.

Der Protagonismus der Frauen in der traditionellen Landgemeinschaft Fundo de Pasto ist das Thema eines Buches, das von Cristiane Ribeiro da Silva aus der Landgemeinde Fundo de Pasto Esfomeado im Landkreis Curaca geschrieben wurde. Die Geschichte der Landgemeinde, Landkonflikte, Potenzial der Dorfgemeinschaft und Territorium, Widerstand der Familien, und vor allem die Rolle der Frauen die wesentlich zur sozialen Organisation und Fortschritte beigetragen haben, ist der Inhalt dieses Buches. So entstand das Buch „As Odetes“: gesellschaftspolitischer Protagonismus durch Arbeit mit dem Land.

Im Buch wird die Geschichte von Odete Ferreira da Silva, der ersten Bäuerin der Gemeinde, die die soziale Organisation und das Vereinswesen förderte, da sie kollektives Handeln und den Kampf der Verteidigung des Landes als prioritär erkannte. Sie verstand auch die Wichtigkeit des gemeinschaftlichen Lebens in einer traditionellen Landgemeinde.



In der Landgemeinde Esfomeado - Veröffentlichung des Buches

Die historische Erinnerung der Frauen die für Bildung und Stärkung dieser Dorfgemeinschaft von entscheidender Bedeutung waren, ist wichtig. Aus diesem Grund hat sich die Autorin des Buches, Cristiane Ribeiro da Silva, dafür entschieden, die Geschichte des Ortes zu erzählen und den Frauen Zeit und Stimme zu geben, von gestern und von heute. „Als ich kennenlernte wer die Frauen waren und was sie taten, welche Bedeutung sie für unser Dorf haben (...), wusste ich, dass ich nicht über Frauen sprach, die fremdartig und distanziert waren, sondern über den Boden, auf dem ich gehe, das Land und Territorium auf dem ich lebe. Wenn ich also über sie spreche, spreche ich über mich, und alle Dorfbewohnerinnen“ erklärt sie.

Bewilligung der staatlichen Politik für Agrarökologie und ökologischen Landbau in Bahia

Im Mai wurde das Gesetz der staatlichen Politik für Agrarökologie und ökologischen Landbau (PEAPO) in Bahia bewilligt. Diese öffentliche Politik zielt darauf ab, den Zugang zu gesunden Bio-Lebensmitteln, Nahrungsmittel- und Ernährungssouveränität, ökologischer Produktion, nachhaltiger Nutzung, Stärkung von Jugend und Frauen sowie Lebensqualität für die Bevölkerung in Stadt und Land durch die Bereitstellung von gesunden Lebensmitteln zu fördern.

Die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 24.730/2023, ist ein Sieg für soziale Organisationen und Bewegungen aus verschiedenen Gebieten in Bahia, die seit Jahren darum kämpfen. „Dieses Gesetz ist die Konsolidierung eines Modells der Nachhaltigkeit auf dem Land und wird sich positiv in verschiedenen Dimensionen auswirken“, betont die Berichterstatterin des Gesetzentwurfs für Agrarökologie, die Abgeordnete Neusa Cadore. „Auf diese Weise werden die Rechte der Menschen in Bahia gewährleistet und die Lebensqualität und der Schutz der Umwelt durch agrarökologische Praktiken angestrebt“.



Soziale Bewegungen und Organisationen feiern die Verabschiedung des Gesetzes

Kurs über Konviventia mit dem semiariden Klima für Journalismus- und Pädagogik-Studenten und Studentinnen.

Über 20 Studenten und Studentinnen nahmen an dem Kurs, der am Schulungszentrum Dom José Rodrigues von Irpaa abgehalten wurde, teil. Dabei hatten sie die Möglichkeit verschiedene Themenbereiche des im Einklang mit dem semiariden Klima leben, zu vertiefen. Von der anfänglichen Mystik, die zum Nachdenken über die Gleichgültigkeit gegenüber sozialen Problemen anregte, bis hin zum Abschluss mit pädagogisch-kommunikativen Praktiken, zielte die Schulung darauf ab, das Wissen über das Leben in und mit der semiariden Region sowie die Möglichkeiten und Herausforderungen dieser Region zu erkennen.



*Kursteilnehmer*innen*

„Nach dem pädagogischen Lehrpfad (der Konviventia mit dem Semiariden Klima) habe ich verstanden, dass die semiaride Region viele Möglichkeiten bietet...“

„Es ist notwendig, dieses Wissen zu verbreiten...“ „Diese Informationen und Kenntnisse sind wichtig, um Vorurteile abzubauen“.waren einige der vielen Beobachtungen und Aussagen der Kursteilnehmer*innen.

Die Pädagogikstudentin Gabriella Silva, betonte die Bedeutung aller gewonnenen Erfahrungen, die es ermöglichen, „die Welt auf eine andere Art und Weise wahrzunehmen“. Darüber hinaus sagt sie, wie wichtig es ist, das Potenzial der semiariden Region stärker sichtbar zu machen.

Veröffentlichung des autonomen Protokolls zur freien Anhörung/Konsultation und Zustimmung (Ilo-Konvention 169) in der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto.

Erfahrungen, Geschichten und Protagonismus der Familien der traditionellen Landgemeinde Caboclo prägten die Veranstaltung in der Dorfgemeinschaft bei der das autonome Protokoll zur freien Anhörung/Konsultation und Zustimmung (Ilo-Konvention 169) vorgestellt wurde. Viele Bauern- und Bäuerinnenvereinigungen der umliegenden Dorfgemeinschaften, und soziale Organisationen und Bewegungen nahmen an der wichtigen Veranstaltung teil.

Die Familien betonten, dass dies ein weiteres Instrument und Stärkung für ihren Widerstand und Kampf um ihr Land bedeutet. Da die Dorfgemeinschaft von Erzabbau bedroht ist, ist es wichtig, dass sie bei der Verteidigung ihrer Landgemeinschaft um ihre Rechte wissen und diese fordern.

„Wir hatten eine konkrete Bedrohung, nämlich das Bergbauunternehmen, das bereits über Lizenzen verfügte, ohne die Landgemeinde angehört zu haben, betont eine Dorfbewohnerin. Sie bestätigt auch, dass die Familien durch die Ausarbeitung des Protokolls ihre Geschichte und ihren Stammbaum vertieften, und dass dies wichtig war, um sich auch innerhalb ihrer Bauern- und Bäuerinnenvereinigung zu stärken.

Das Protokoll wurde nach einer Reihe von Treffen und Studientagen ausgearbeitet.

Das digitale Format ist auf der Homepage von Irpaa zu finden: <https://irpaa.org/modulo/publicacoes/cartilhas-livros>

Frist der traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto – Entscheidung im Obersten Gerichtshof

Am 11. Mai 2023 wurden wir von der Nachricht überrascht, dass über den Prozess ADI 5783 (Ação direta de inconstitucionalidade-Klage wegen Verfassungswidrigkeit) am 17. Mai 2023 im Obersten Gerichtshof in Brasília entschieden wird.

Es geht dabei um die Frist 31.12.2018, die vom Bundesland Bahia für die traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto auferlegt wurde. Das Gesetz des Bundeslandes sieht vor, dass sich diese Landgemeinden nur bis 31.12.2018 als solche eigen identifizieren können und die grundbuchrechtliche Eintragung des Gemeinschaftslandes fordern können.

Da diese Frist von sozialen Bewegungen und Organisationen als Verfassungswidrig bewertet wird, wurde der Fall an den Obersten Gerichtshof zur Entscheidung weitergeleitet.

Zusätzlich hatten verschiedene Organisationen im Jahre 2017 gegen diese Frist Einspruch eingelegt und auf die Wichtigkeit der traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto hingewiesen: Irpaa, AATR (Vereinigung der Rechtsanwälte für Ländliche Familien) und DPU (Defensoria Pública da União).

Nach 5 Jahren Stillschweigen kam die Nachricht über den Gerichtstermin sehr unverhofft. Erschwerend kam hinzu, dass weniger als eine Woche zur Verfügung stand um Vertreter*innen der traditionellen Landgemeinden zu mobilisieren und die Fahrt nach Brasília zu organisieren, damit die Bauern und Bäuerinnen an der Verhandlung im Obersten Gerichtshof teilnehmen können.

Zudem die Ausarbeitung von Materialien für die Kommunikationsmedien, sowie vielfältige Arbeiten die seitens der Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen ausgeführt werden mussten.

Letztendlich konnte ein Omnibus mit 52 Vertretern und Vertreterinnen der Landgemeinden nach Brasília fahren (etwa 35 Stunden Fahrtzeit). Dort mussten weitere Hürden überwunden werden: Anfangs wurde nur der Eintritt von 28 Personen bewilligt und es bestand Kleiderpflicht (Anzug, etc), u.v.a.m. Durch die unermüdlichen Arbeiten und Aktionen, vor allem auch des Rechtsbeistandes der verschiedenen Organisationen konnte dies gelöst werden und letztendlich durften alle Bauern und Bäuerinnen in den Gerichtssaal.



Vertreter*innen der Landgemeinden vor dem Gerichtsgebäude

Leider kam der Prozess an diesem Tag nicht zur Verhandlung, weil der Vorprozess sehr viel Zeit in Anspruch nahm.

Die Bauern und Bäuerinnen kamen am Freitag, den 19. Mai morgens wieder in Juazeiro an und an diesem Tag wurde auch der nächste Verhandlungstermin veröffentlicht: 25.5.2023, wieder waren nur wenige Tage Zeit und zu organisieren.

Am 25. Mai fuhr eine kleinere Gruppe nach Brasília (dieses mal 20 Personen).

Wieder kam der Prozess der traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto nicht zur Verhandlung.

Der nächste, bereits dritte Termin wurde dann für den 15. Juni festgelegt. Und wieder kam dieser Prozess nicht auf die Tagesordnung. Erneut fuhr eine Gruppe von Bauern und Bäuerinnen nach Brasília. Außerdem die Rechtsanwältinnen, für die ‚sustentacao oral‘ (mündliche Stellungnahme).

Der vierte Termin, wurde für den 29. Juni 2023 anberaumt und dieser wurde sage und schreibe erst am 27. Juni spät abends bekannt gegeben. Es war daher zeitlich nicht möglich, nach Brasília zu fahren. Die Rechtsanwältinnen forderten die online Teilnahme für die Stellungnahme. Jedoch ist es sehr nachteilig, denn die Präsenz und Teilnahme der Vertreter*innen der traditionellen Landgemeinden im Gerichtssaal ist wichtig, denn es zeigt, dass diese organisiert sind und ihre Rechte fordern. Obwohl sie bei der Verhandlung nicht einwenden können. Dennoch ist ihre Präsenz überaus wichtig.

Wieder wurde nicht über den Prozess entschieden, weil sich erneut die vorherigen Verhandlungen die an der Tagesordnung waren, zeitlich hinzogen.

Im Juli finden keine Verhandlungen statt, da sich die Richter und Richterinnen des Obersten Gerichtshofes in Urlaub befinden.

Wie auch bei der Frist der indigenen Völker soll die Mobilisierung bewusst „ermüdet“ werden. Es geht um das Leben und die Fortdauer dieser traditionellen Landgemeinden. Daher muss durchgehalten und weitergekämpft werden!.